REZENSIONEN

DOI: 10.1007/s00350-011-2937-9

**Handbuch Medizinrecht.
Grundlagen, Rechtsprechung, Praxis.****Herausgegeben von Martin H. Stellpflug, Sybille M. Meier
u. Ajang Tadayon. Loseblattausgabe in 2 Ordnern, Verlag
C.F. Müller, 15. bis 18. Aktualisierung 2010, zusammen
ca. 328 Blatt**

Das Medizinrecht beansprucht ein großes, sich noch weiter ausdehnendes Feld, das eine wachsende Zahl von Autoren und Autorinnen, unter ihnen mehr und mehr Anwälte, juristisch bestellt. Die Fortschritte der Medizin und ihrer Hilfswissenschaften und die laufenden, immer neuen Maßgaben vornehmlich des Sozialrechts, auch die Vielzahl hinter den Entwicklungen gleichsam heilender Fachschriftsteller lassen den Stoff anschwellen. Sein altes Kernstück, das Arztrecht, verliert dabei an relativem Gewicht, und überdies verblassen hinter dem sich weiter ausdifferenzierenden und zunehmend dichterem arztrechtlichen Regelwerk die überkommenen Standesregeln. In einer hoch reglementierten Profession verlieren sie weithin ihren Sinn, der darin besteht, über die rechtlichen hinausreichenden Pflichten als besondere Kennzeichen der Dignität des Berufsstandes zu konstituieren. In der Fülle der Regelungen gilt es darum, die tragenden Grundlagen und die das Medizinrecht zusammenhaltenden Prinzipien zu erkennen und festzuhalten – wie vorrangig etwa die auf das Patientenwohl verpflichtete ärztliche Therapiefreiheit.

Mit dieser kritischen Einstellung verfolgt der Rezensent die Loseblatt-Fortschreibungen des großen Handbuchs in der Konkurrenz mit anderen verwandten literarischen Unternehmen. Dieser Konkurrenz kann das ganz überwiegend von zahlreichen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwältinnen verfasste Werk durchaus standhalten. Es folgt dem umfassenden Begriff des Medizinrechts und erörtert das Recht der privaten und gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, das Berufsrecht der Heilberufe, das Vertragsarzt- und Vertragszahnarztrecht, die Honorarverteilung, das Vertrags- und Gesellschaftsrecht, das Recht der medizinischen Behandlung, das Arzneimittel- und Medizinprodukterecht, die Arznei-, Heil- und Hilfsmittelversorgung, das Krankenhausrecht und das Apothekenrecht.

Die 15. Lieferung vom April 2010 bietet zwei gewichtige neue Teile: das von *Karsten Heidemann* bearbeitete Berufsrecht der Zahnärzte mit eingehender Darstellung der Musterberufsordnung und in der Anlage mit 59 Gerichtsentscheidungen in Leitsätzen, außerdem, ebenso ausführlich, das Europarecht der Heilberufe von *Christof Stock*: „Zur Anerkennung im Ausland erworbener Kenntnisse und Berufserfahrungen nach europäischem und deutschem Recht“. Dabei geht es um die bestmögliche berufliche Integration unter Beibehaltung der hohen deutschen Standards nach weitgehend europarechtlichen, transformierten Regeln. Die 16. Aktualisierung (September 2010) erneuert die Darstellung des privaten Krankenversicherungsrechts und bietet dazu eine solche des privaten Pflegeversicherungsrechts von *Per Theobaldt*. Ergänzungen erfährt vornehmlich das zahnärztliche Berufsrecht, das auch in der 17. Aktualisierung vom November 2010 Raum beansprucht. Diese Lieferung enthält als Hauptstück die neugefasste, 130 Seiten starke Bearbeitung der GOÄ von *Tilman Clausen*. Der Kommentar dringt tief in die heikle Materie ein, von der viel für den ärztlichen Dienst abhängt. So vertritt er mit Grund die Ansicht, dass Krankenhausträger nicht dazu berechtigt sind, wahlärztliche Leistungen als eigene abzurechnen. Bei Verlangensleistungen ist es Sache des Arztes, das Begehren hinreichend zu dokumentieren. In der 18. Lieferung (Dezember 2010) erscheint in überarbeiteter und erweiterter Gestalt von *Anja Möwisch* und *Markus Plantholz* das Recht der Leistungserbringung durch Einrichtungen nach SGB XI (nicht weniger als 83 S.): auch die Pflege, so zeigt sich, erfordert eine Fülle von Regeln und juristischen Bescheiden. Dies gilt auch für das von *Gerhard Nitz* überarbeitete Gebiet der Arznei-, Heil- und Hilfsmittelversorgung beispielsweise mit dem Dilemma des Arztes,

das sich in den Off-Label-Use-Fällen stellt bei der Konkretisierung der relativ unbestimmten Vorgaben des BSG.

Das Handbuch bietet seine Inhalte drucktechnisch ansprechend, mit einem Saum von Nachweisen und Judikaten, mit Inhaltsverzeichnissen, Schlagwortübersichten, Literaturlisten, richterlichen Leitsätzen und Tabellen. Die Aktualisierungen runden es aus und halten es auf dem neuesten Stand. So bleibt nur, dem Handbuch weiterhin guten Fortgang und Zuspruch zu wünschen.

Ärztliche Geschäftsführung ohne Auftrag.**Von Philipp Brennecke. Verlag Springer, Berlin Heidelberg
2010, 264 S., kart., €89,95**

Bei dem anzuzeigenden Werk handelt es sich um eine an der Universität zu Köln entstandene Dissertationsschrift. Sie beschäftigt sich mit der Frage, welche Bedeutung und welcher Anwendungsbereich dem bis in die Grundsatzfragen wenig geklärten Recht der Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA), insbesondere dessen Rückgriffsanspruch nach §§ 683 S. 1, 670 BGB, im Bereich ärztlichen Handelns zukommt. Die Bedeutung des Themas liegt auf der Hand, nachdem die Versorgung eines Unfallverletzten als klassischer Nothilfefall stets als Schulbeispiel und Leitmotiv der GoA behandelt wird.

Verf. geht zunächst auf die grundsätzlichen Fragen und die Dogmatik der GoA ein und zeigt auf, welche Anstrengungen in der Lehre bisher unternommen worden sind, um dem Begriff „Geschäft für einen anderen“ und den damit verbundenen Merkmalen des „(auch) fremden Geschäfts“ und des Fremdgeschäftsführungswillens stärkere Konturen zu verschaffen. Die Rechtsprechung ist in jüngerer Zeit dazu übergegangen, den Anwendungsbereich der vormalig sehr extensiv bemühten GoA wieder zu beschneiden (dazu auch *Thole*, NJW 2010, 1243). Das geschieht durch eine vorsichtige Abkehr vom „auch fremden Geschäft“ oder eine Ablehnung der GoA aus übergeordneten Gründen wegen des Vorrangs vertraglicher Abreden oder sonstiger umfassender Entgeltregelungen, die einen Anspruch auf Aufwendungsersatz nach §§ 683 S. 1, 670 BGB entbehrlich machen oder ihm gar apriorisch entgegenstünden.

Unter den so skizzierten allgemeinen Maßgaben beleuchtet *Brennecke* sodann, welcher Anwendungsbereich der GoA im Bereich ärztlichen Handelns verbleibt. Dazu seziert er zunächst die unterschiedlichen, jeweils eigene Probleme aufwerfenden Einsatzgebiete mit großer Distinktion: privat- und vertragsärztliche Behandlung, GoA gegenüber dem Patienten, gegenüber Unterhaltspflichtigen, im Rettungs- und Notarztwesen, gegenüber öffentlich-rechtlichen Einrichtungen u. a. m. Ärztliches Handeln stellt sich häufig als ein Mehrpersonenverhältnis zwischen Arzt, Patient, Unterhaltspflichtigen, Versicherung und Sozialversicherungsträgern u. a. m. dar, das im Rahmen der GoA differenzierter Betrachtung bedarf. *Brennecke* geht auch der Frage nach, ob der faktische Kontrahierungszwang, dem der Arzt aufgrund des Standesrechtes unterliegen mag, die GoA von vornherein ausschließe, was er mit Blick auf die Figur des sog. pflichtgebundenen Geschäftsführers zutreffend verneint.

Insgesamt bekennt sich *Brennecke* zu einem recht weitgehenden Anwendungsbereich der „Ärzte-GoA“. Nur soweit ausdrücklich ein Vertrag im Zeitpunkt der Übernahme der Geschäftsführung vorliege, könne die GoA sicher ausgeschlossen sein; die ärztliche Tätigkeit könne zudem auch gegenüber anderen als dem Hilfsbedürftigen selbst eine Geschäftsführung mit Fremdgeschäftsführungswillen darstellen. Insbesondere die im Schrifttum wenig beleuchtete Regelung des § 679 S. 2 BGB will Verf. zu neuem Leben erwecken. Diese Vorschrift, nach der ein entgegenstehender Wille des Geschäftsherrn bei der Erfüllung von Unterhaltspflichten unbeachtlich ist, adressiert *Brennecke* als Sonderregelung und zieht sie (wohl i. V. mit § 683 BGB sogar als eigene Anspruchsgrundlage) für den Regress des Arztes heran.